

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21821 - 23
Fernschreiber 0036990

P/XIII/65 - 19. März 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe :

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Die Fronten sind klar Zur aussenpolitischen Debatte im Bundestag	43
2	Kampf den Atomtod ! Vor der Kundgebung in Frankfurt	53
3 - 4	Falsche Töne aus Ost-Berlin Durchsichtige Pankower Störmanöver	84
5 - 6	Moskau, Asien und der Islam Wachsender Einfluss der Sowjets	77
7	Ja, ja, die Orden... Südamerikanische Ex-Diktatoren mit Bundesverdienstkreuz	34

* * * * *

Zur Beachtung: In unserer nächsten Ausgabe veröffentlichen wir die historische Reichstagsrede des damaligen Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Otto Weis, an 23. März 1933 zur Ablehnung des von Hitler geforderten "Druckverfassungsgesetzes".

* * * * *

Die Fronten sind klar

sp- Nach den Erklärungen des Bundesverteidigungsministers vor der Presse und den Verlautbarungen der CDU/CSU-Fraktion über den Verlauf der Fraktionssitzung am Dienstag ist es klar, dass die grosse aussenpolitische Debatte am Donnerstag Entscheidungen von schicksalhafter Bedeutung für das deutsche Volk erwarten lässt. Alle Äusserungen aus CDU-Kreisen lassen auf ein "Ja" der stärksten Regierungspartei zur Bewaffnung der Bundeswehr auch mit Atomwaffen schliessen.

Diese mit zahlreichen "Wenn" und "Aber" vorqualifizierte Entscheidung der CDU ist das Ergebnis von langen, hinter den Rücken des Parlaments getroffenen Vorbereitungen. Das ergibt sich schon aus der Ärkündigung des Bundesverteidigungsministers, dass der Ankauf von "Matador" bis spätestens zum 3. April dieses Jahres "beschlossene Sache" sein muss.

Auch die Erklärung der CDU/CSU-Fraktion, man werde Verhandlungen über die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa ablehnen, lässt auf sehr eindeutige Absichten schliessen. Damit verbarrikiert die CDU alle Ansatzpunkte zu erfolgversprechenden Verhandlungen über die Entspannung in Europa und damit auch über die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit und Frieden.

Als Pflästerchen wurde der deutschen Öffentlichkeit mitgeteilt, die NATO wolle nicht unbedingt Abschussbasen für Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik einrichten. Absichtlich im Unklaren gelassen hat man dagegen die ganze Problematik der Bewaffnung der Bundeswehr mit Atomwaffen.

Diese Verschleierungsmethode ist nicht neu. Sie wurde von Dr. Adenauer auch auf der Pariser NATO-Konferenz kurz vor Weihnachten 1957 angewandt, als er seine grundsätzliche Zustimmung dazu gab, dass alle NATO-Partner mit den gleichen modernen Waffen ausgerüstet sein müssen, wie die Armeen eines mutmasslichen Gegners. Die deutsche Öffentlichkeit hatte damals diesen wichtigen Satz der Adenauer-Rede auf der NATO-Konferenz kaum in seiner ganzen Bedeutung realisiert, weil einige westdeutsche Zeitungen dem Bundeskanzler seinerzeit die Rolle des Friedensapostels angedichtet hatten.

Die Opposition hat durch ihre Anträge zur aussenpolitischen Debatte manifestiert, dass sie von der Regierung einen eigenen Beitrag zur Entspannung zwischen Ost und West und damit zur Überwindung der Spaltung Deutschlands und Europas fordert.

Es geht also am Donnerstag um die Entscheidung darüber, ob die dem deutschen Volk keinerlei Sicherheit verbürgende Aufrüstungspolitik bis zum atomaren Exzess fortgesetzt werden soll, oder ob durch die Einleitung einer neuen, der Entspannung dienenden Politik das Unheil von unserem Volk abgewendet werden kann.

Kampf dem Atontod !

W.P.- Am kommenden Sonntag findet in Frankfurt die angekündigte große öffentliche Kundgebung "Kampf dem Atontod" statt, zu der führende Persönlichkeiten der Bundesrepublik eingeladen haben. Theologen, Publizisten, Wissenschaftler, Politiker von Ruf und Namen werden den beschwörenden Appell an das gesamte deutsche Volk richten, ohne Unterschied des Standes, der Konfession oder der Partei, sich einer lebensbedrohenden Rüstungspolitik zu widersetzen und stattdessen eine Politik der friedlichen Entwicklung zu fordern.

Der Arbeitsausschuss "Kampf dem Atontod", der sich zur Durchführung der geplanten Aufklärungsaktion zusammenfand, darf mit seinen Anliegen auf weiteste Unterstützung in der bundesdeutschen Bevölkerung rechnen. Nach einer Umfrage des Meinungsforschungs-Instituts EMWID über die Errichtung von Atom-Raketen-Basen auf dem Gebiet der Bundesrepublik sprachen sich 83 % der Befragten dagegen aus und nur 14 % dafür. Und was besonders beeindruckte: Selbst von den CDU-Anhängern lehnten 71 % Atom-Raketen ab. Nur relativ wenige Befragte hatten - was selten ist - keine eigene Meinung.

Mit dem Beginn der Diskussion über Atomwaffen hat in der Bundesrepublik eine Art "Aufstand des Gewissens" eingesetzt, der vor allem die deutsche Geisteswelt erfasst. Waren es zuerst die 18 Atomwissenschaftler, die die Bundesregierung im vergangenen Jahr davor warnten, Atomwaffen auf dem Gebiet der Bundesrepublik zuzulassen, so folgten ihnen inzwischen tausende von Professoren, Dozenten, Schriftstellern, Kirchenpräsidenten, Nobelpreisträgern, Politikern und Studenten. Immer wieder kommt in den Aufrufen zum Ausdruck, dass Atomwaffen in Deutschland die Wiedervereinigung in unabschätzbare Ferne rücken und die Kriegsgefahr erhöhen würde.

Die Unruhe vor den Gefahren, die von der Entwicklung der Atomwaffen drohen, ist keineswegs nur auf die Bundesrepublik beschränkt. Auch in den USA haben tausende von Wissenschaftlern die Einstellung der Atomwaffenversuche gefordert und in England ist die Bevölkerung in diesen Tagen von den gleichen Problemen bewegt wie auch die deutsche Öffentlichkeit. Die Mehrheit der Engländer ist laut "Daily Express" gegen Atom-Raketen-Basen der USA in Grossbritannien. Man weiß dort, dass strategische Bomber mit Atombomben an Bord über England fliegen und vernimmt entsetzt die Mitteilung eines hohen amerikanischen Luftwaffen-Offiziers, dass bereits sechs Unfälle mit Atombomben vorgekommen seien. Und man fühlt sich auch darüber beunruhigt, dass die Deutschen Atomwaffen erhalten sollen. Lord Henderson warnte im Oberhaus davor mit der überaus bemerkenswerten Begründung, dass ein derartiger Schritt für lange Zeit die Möglichkeit zunichte machen würde, auf dem Verhandlungswege die deutsche Wiedervereinigung zu erreichen.

"Das entscheidende Problem für die Weltpolitik" aber hat Ausserminister Dulles kürzlich die Anwendung von Atombomben im Kriege genannt, wodurch die ganze Menschheit vernichtet werden könnte. Damit hat er gleichzeitig zu verstehen gegeben, dass die Sicherung des Friedens durch eine Strategie der Abschreckung nicht länger möglich ist. Oder wie der bekannte Publizist und frühere Politiker Stephen King-Hall in seinem eben veröffentlichten Buch sagt, die Wasserstoffbombe als abschreckendes Mittel sei bereits unwirksam geworden, weil ihr Einsatz im Ernstfall den totalen Selbstmord bedeuten könne. Wenn das zutrifft, sollten daraus selbstverständlich Konsequenzen gezogen werden, bevor es zu spät ist. Das ist auch das Hauptanliegen der Kreise in der Bundesrepublik, die jetzt beschwörend in die Öffentlichkeit gehen und von der für die Leitung der deutschen Geschichte verantwortlichen Regierung vor dem Schritt in das Verhängnis rettende Umkehr fordern.

Falsche Töne aus Ost-Berlin

E.Z. - Berlin

Es gehört zur Pankower Taktik, von Zeit zu Zeit immer wieder durch Erklärungen hoher Funktionäre in der Berlin-Frage Verwirrung zu stiften. Von den Berlinern selbst wird solches Störfeuer zur Kenntnis genommen. Die von Ostberlin gewünschte Unruhe kann nicht erzielt werden. Das weiss auch die SED in Pankow. Deshalb sind ihre Störmanöver vor allem dazu bestimmt, in Westdeutschland Misstrauen gegenüber der Sicherung Westberlins zu erzeugen.

Unter dieser Perspektive muss auch die neue drohende Erklärung gesehen werden, die der stellvertretende Oberbürgermeister von Ostberlin, Schmidt, am Wochenende abgab. Es klang aus dem Pankower Mund keineswegs neu, als Schmidt behauptete, der Viermächte-Status Berlins existiere als Teil des Potsdamer Abkommens nicht mehr, da die Westmächte dieses Abkommen gebrochen hätten. Die Westmächte hätten daher das Recht verwirkt, in Berlin noch Garnisonen zu unterhalten.

Diese in provokatorischer Absicht zum xten Mal gegen Westberlin ausgesprochene Drohung ist weniger interessant als die Frage, warum gerade zu diesem Zeitpunkt die SED-Führung wieder in dieser Weise von sich reden machte. Der aktuellen Anlässe mag es dabei für Pankow mehrere gegeben haben. Zunächst ist es ein Versuch, einen faux pas auszubügeln, den wenige Tage vorher niemand anderes als der Vorgesetzte von Schmidt, der Ostberliner Oberbürgermeister Fritz Ebert, begangen hatte, als er in einem Interview mit der "Süddeutschen Zeitung" gerade das Gegenteil über die Situation in Berlin gesagt hatte: "Wir haben den Viermächte-Status zu respektieren, ob uns das passt oder nicht. Die Diplomaten und Militärs der Sowjetunion legen grossen Wert darauf."

Ohne Zweifel entsprach die Erklärung Eberts einer realeren Kenntnis der Lage in Berlin. Die offiziellen Kontakte, die die sowjetrussischen Dienststellen zum Westberliner Senat mit besonderer Sorgfalt aufrechterhalten, bestätigen dies. Der Berliner Regierende Bürgermeister, Willy Brandt, erklärte auf die provokatorischen Ausführungen Schmidts lediglich, dem aufmerksamen Beobachter dürfte nicht entgangen sein, dass sich die Sowjetbehörden in Bezug auf Viermächtevereinbarungen zurückhaltender verhalten haben, als es den Leuten aus der Ulbricht-Clique lieb ist.

Der neue Schmidtsche Affront gegen Westberlin enthüllt sich so als ein Manöver, das von propagandistischen und taktischen Absichten bestimmt ist. Die SED kann nichts weniger gebrauchen als eine Entspannung der Lage. Dies gilt nicht nur für die Ost-West-Gegensätze in der grossen Politik - die anfänglichen Querschüsse Pankows gegen den Repacki-Plan sprechen dafür - sondern erst recht für die Situation in Berlin. Es ist kein Zufall, dass ausgerechnet Waldemar Schmidt, der Stellvertreter Eberts als Oberbürgermeister von Ostberlin, vorgeschickt wurde, um das Berliner Klima erneut zu vergiften. Schmidt gehört zu jener Gruppe hoher Ostberliner SED-Funktionäre, die immer wieder versucht haben, unter der Hand - d.h. mit Überspielen der sowjetischen Stellen - im Trüben zu fischen. Die um den früheren Berliner SED-Sekretär und jetzigen ZK-Sekretär Alfred Neumann gescharte Gruppe, zu der neben Waldemar Schmidt der Ostberliner Wirtschaftsdiktator Willy Baum gehört, hat nichts unversucht gelassen, um in der Vergangenheit die Sowjets für ein schärferes Vorgehen in Berlin zu gewinnen. Es war Anfang 1957 Alfred Neumann, der - von Ulbricht vorgeschickt - sich anlässlich eines Besuchs einer SED-Delegation in Moskau dort für einen solchen scharfen Kurs einsetzte, sich aber dabei eine eindeutige Abfuhr holte.

Im jetzigen Zeitpunkt ist das neue Vorschicken der Scharfmacher gegen Westberlin durchaus verständlich. Schon aus dem Umstand, dass der SED-Funktionär Schmidt vor einer angeblichen, nach Ostberlin einberufenen grossen Versammlung Westberliner Arbeiter sprach, ist die propagandistische Absicht zu erkennen. Die SED, die sich nach der Schirdewan-Wollweber-Krise gerade auch in Ostberlin rebellierenden Funktionären konfrontiert sieht, benötigt ein Ablenkungsmanöver. Die provokatorische Sprache gegenüber Westberlin soll eine Stärke der Partei vortäuschen, die gerade in dem jetzigen Augenblick nicht vorhanden ist.

Neben dieser propagandistischen Zielsetzung für den innerpolitischen Gebrauch soll die neue Drohung gegenüber Westberlin auch gewisse andere Fakten vertuschen, die der SED-Führung alles andere als angenehm sind. Schmidts drohende Worte ertönen in den Augenblick, als der neue Sowjetbotschafter Perwuchin in Ostberlin eintraf und seine offiziellen Antrittsbesuche machte. Pankow musste zur Kenntnis nehmen, dass an die Stelle des ausgesprochenen Parteibotschafters Puschkin der Technokrat und Wirtschaftsexperte Perwuchin getreten ist, der allein aufgrund seiner geistigen Struktur politischen Extratouren und Experimenten abhold sein muss. Da diese Wandlung auf dem Ostberliner Botschafterposten kein internes Geheimnis blieb und bei der Beurteilung der Gesamtlage eine Rolle spielt, hielt es Pankow anscheinend für notwendig, in diesem Augenblick die Weiterexistenz seiner Scharfmachergruppe zu demonstrieren.

Schliesslich war nach dem erfolgreichen Besuch des Berliner Regierenden Bürgermeisters Willy Brandt in den USA und in England auch eine Wortmeldung Pankows fällig. Was Willy Brandt mit seiner aus den beiden Auslandsbesuchen gewonnenen Erkenntnis in den Worten zusammengefasst hatte, dass Washington und London zu ihren Rechten und Pflichten in Berlin stehen, sollte durch die Rede in Pankow übertönt werden.

Moskau, Asien und der Islam

H.E.D. Seit der russischen Oktoberrevolution und der nachfolgenden Errichtung der sowjetischen Macht auf dem Gebiet des ehemaligen Zarenreiches gehört es zu den Axiomen westlichen Denkens, den Islam als das Bollwerk gegen die Ideen des Kommunismus in Asien zu betrachten.

Ausgehend von den frühern Unterdrückungsmaßnahmen der Sowjets gegen die islamischen Turkvölker und der atheistischen Propaganda Moskaus konnte der westliche Beobachter nur allzu leicht zu der Schlussfolgerung gelangen, die mohammedanische Religion sei mit den Auffassungen und Praktiken des sowjetischen "Diamat" unvereinbar. Hinzukam, daß die vorwiegend feudale Struktur des Islam in Asien, in den Augen Amerikas und Europas, geradezu eine unversöhnliche Kampfstellung gegen die sozialrevolutionären Thesen des Kommunismus als geboten erschienen ließ.

Diese Vorstellung war lange Zeit hindurch gültig. Heute jedoch ist sie es nicht mehr. Dies liegt einmal an dem nicht nur machtpolitischen, sondern auch geistigen Rückzug des Westens aus Asien, zum anderen an der geschickten Diplomatie Moskaus in den nah- und mittelöstlichen Gebieten Asiens. Es ist kein Geheimnis, daß die sowjetische Universität Taschkent in steigendem Maße islamische Emisäre ausbildet, daß immer mehr mohammedanische Studenten, Dozenten und religiöse Würdenträger zu Studien in der Sowjetunion eingeladen werden. Weiterhin ist es der Sowjetunion gelungen, sich den Millionen Menschen zwischen Mittelmeer und Mekong als eine asiatische Macht zu präsentieren, die im Gegensatz zu den früheren Kolonialmächten geographisch im Kontinent verwurzelt ist. Die widerstreitenden Interessen der Mächte, und hier nicht nur der "weißen" Staaten, erleichtern die sowjetischen Vorstöße erheblich. Die seit Jahren so sorgsam aufgebauten Faktensysteme des Westens, wie Bagdad- und Südoostasienpakt, drohen durch das Mißvergnügen der asiatischen Partner auseinanderzubrechen. Diese Tatsache gewinnt im Lichte der letzten Ereignisse ihre besondere Bedeutung.

In einer Rede vor dem pakistanischen Parlament hat der Ministerpräsident, Firuz Khan Noon, die wohl schärfste Kritik an der Politik Amerikas und Englands geübt. Dies ist umso erstaunlicher als Pakistan bislang zu den Knappen des Westens in Asien gehörte. Der Premier warf dem Westen vor, sein Land bei der Behandlung der Kaschmir-Frage "verraten" zu haben und einen Standpunkt einzunehmen, der "pro-indisch" sei. Würden z.B. die USA, wie es angekündigt worden sei, ihre Militärhilfe für Pakistan kürzen, so sei die Regierung gezwungen, ihre bisherige Politik zu überprüfen. Es sei ein Fehler zu glauben, Pakistan als traditionell islamisches Land könne

nicht zu einer Zusammenarbeit mit den kommunistischen Staaten bereit sein wenn es um eine Lebensfrage der Nation ginge. So weit Firuz Khan Noon.

Es wäre falsch, hinter solchen Worten nur eine zeitweilige Verärgerung zu erblicken. Natürlich muß man sich im klaren darüber sein, daß Pakistan mit solchen Worten sehr wohl den Weg beschreiten könnte, den man in der Politik als "taktische Erpressung" bezeichnet. Aber alles dies reicht nicht aus, um den wahren Sinn dieser Worte zu erfassen. Denn schließlich hat der pakistanische Ministerpräsident nicht nur die Vereinigten Staaten beschuldigt, sondern auch erhebliche Zweifel an der Struktur des Commonwealth angemeldet, das er als nicht mehr "zeitgemäß" bezeichnete.

Wirft man einen Blick auf einige all-islamische Kongresse, die kürzlich in Asien stattfanden, so erscheint ein mögliches Übereinkommen zwischen dem Mohammedanismus und dem Kommunismus nicht mehr so utopisch als ein Jahrzehnt zuvor. Deranti-westliche Trend - eine Faktion auf den Kolonialismus - erfaßt in steigendem Maße die islamische Welt, und hier vor allem die orthodoxen Kräfte. Es sind also weniger die "modernistisch" eingestellten Intellektuellen, die in der machtpolitischen Existenz der Sowjetunion eine Hilfe sehen als vielmehr die konservativen Gruppen der mohammedanischen Theokratie. Für diese Personen ist Moskau nicht mehr der Hort des Materialismus, sondern das Mekka eines neuen "Pan-Asiatismus".

Es ist verständlich, daß neben dieser anti-westlichen Tendenz im Islam auch die industriellen Erfolge der Sowjetunion eine große Rolle spielen. Diese zeigte sich besonders auf der Sitzung der "Wirtschaftskommission für Asien und Fernost". Da eine Reihe der westlich und neutral orientierten Staaten von der amerikanischen Wirtschaftshilfe abhängig ist, mußte natürlich die "recession" in den USA auch ihre Auswirkungen auf die Volkswirtschaften dieser Länder haben. Eine große Zahl von Projekten, z.B. in Malaya, sind von den Krisenerscheinungen in Amerika berührt. Dies führte zu Mißstimmungen und arger Kritik. Moskau aber konnte die Sowjetunion als ein krisenfreies Land darstellen, das als "asiatische Brudernation" gerne bereit, zu helfen, wo der Westen versagen würde.

Wenige Tage später kündigte Japans Außenminister an, seine Regierung werde Djakarta unterstützen, falls Washington versuche, die Rebellen in Sumatra anzuerkennen. Eine besondere Note gewinnt diese Haltung, wenn man bedenkt, daß auch Indonesien zu den islamischen Nationen Asiens gehört. Moskau bereitet sich vor, den propagandistischen Weizen in seine strategischen Scheuern einzufahren. Die alten Fronten Islam contra Kommunismus sind zerbrochen.

Ja, ja, die Orden...

G.B. - Im Kriege erzählte man sich in Deutschland gern einen Witz, der sich über die allzu häufige Verleihung des Kriegsverdienstkreuzes lustig machte: "Was ist der Unterschied zwischen einer Fliegerbombe und dem Kriegsverdienstkreuz? Gar keiner. Sie fallen beide ins Hinterland und treffen Gerechte wie Ungerechte."

In gewisser Abwandlung möchte man diese Frage heute auch bei der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes stellen, soweit ausländische Würdenträger damit ausgezeichnet werden. In dem Erlass über die Stiftung des "Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland" vom 7. September 1951 heisst es, dass diese Auszeichnung für Leistungen verliehen wird, die "im Bereich der politischen, der wirtschaftlich-sozialen und der geistigen Arbeit dem Wiederaufbau des Vaterlandes dienen." Er bedeute ferner eine Auszeichnung "all derer, deren Wirken zum friedlichen Aufstieg der Bundesrepublik Deutschland beiträgt."

Dass zu den Trägern der höchsten Stufe dieses Ordens, des Grosskreuzes, die unglückliche Kaiserin Soraya zählt, mag hingehen. Ihre Verdienste um das Ansehen der Bundesrepublik in ihrem Heimatlande seien unbestritten. Nachdenklicher stimmt es schon zu hören, dass auch Diktatoren, wie der gestürzte argentinische Staatspräsident Juan Peron und der gleich ihm von seinem Volk hinweggefegte Venezolaner Perez Jimenez das Grosskreuz tragen dürfen.

Vorschlagsberechtigt für die Verleihung des Verdienstordens, sofern es sich um ausländische Staatsangehörige handelt, ist der Bundesminister des Auswärtigen. Glaubte er, dass das Wirken von Peron und Jimenez "zum friedlichen Aufstieg der Bundesrepublik" beigetragen hat? Von Leistungen, die "dem Wiederaufbau des Vaterlandes dienen", dürfte in diesem Falle wohl kaum die Rede gewesen sein. Vielleicht sollte bei der Wahl von verleihungswürdigen ausländischen Staatsoberhäuptern die "Staatsräson" nicht unbedingt den Vorrang vor dem politischen Instinkt haben. Es wäre gut, wenn der Ausserminister - damals hiess er wohl noch Dr. Adenauer - seine Wahl künftig unter Gesichtspunkten treffen würde, die einmal dem Geist und dem Buchstaben der Stiftungsurkunde entsprechen, und die zum anderen ein vorbildlich demokratisches Wirken im eigenen Lande zum Maßstab setzen.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel